

Katholizismus im Ruhrgebiet – ein Überblick

auch einen kurzen Blick auf die zweite große christliche Konfession im Ruhrgebiet zu werfen, auf den katholischen Bevölkerungsteil. Er stellte in den bis zur Säkularisation zu Kurköln gehörenden Orten und denen des Vestes Recklinghausen die überwältigende Mehrheit, wogegen die Siedlungsgebiete der Herzogtümer Berg und Jülich, die im 17. Jahrhundert an Preußen gefallen waren, protestantisch geprägt wa-

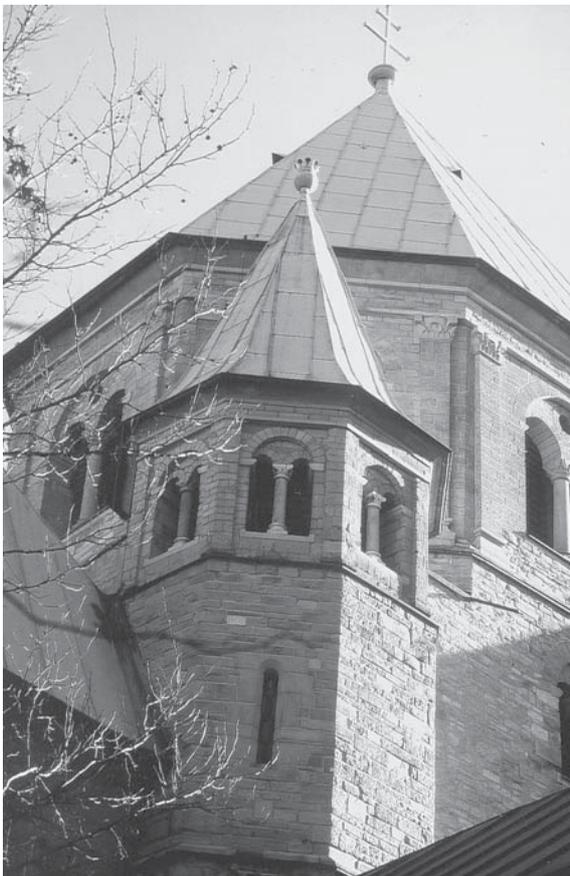


Abb. 18: Der Dom zu Essen

ren. An dieser Konfessionsprägung änderte auch die Industrialisierung nicht viel, wenn sich auch das prozentuale Verhältnis der Konfessionen in den jeweiligen Gemeinden annäherte. Doch blieben das westli-

che Ruhrgebiet wie Essen und Duisburg sowie der Vest Recklinghausen katholisch und östliche Revierstädte wie z.B. Dortmund protestantisch ausgerichtet.

Die Katholiken des Ruhrgebietes gehörten bis zur Gründung des Bistums Essen im Jahre 1958 zu drei verschiedenen Bistümern: zu den Erzbistümern Köln und Paderborn und zum Bistum Münster. Auch heute haben sie noch Anteil am Ruhrgebiet: Münster z. B. an Recklinghausen, Köln an Essen-Kettwig und Paderborn an Dortmund und Herne. Doch soll es hier nicht um die Geschichte der Bistümer gehen, sondern um den Ruhrgebietskatholizismus.

Der Begriff Katholizismus wird hier nicht im Sinn der Theologie als konkrete Erscheinung der Kirche in der sich wandelnden gesellschaftlichen Situation verstanden, sondern nach der Definition der Profanhistorie als eine spezifische und an bestimmte historische wie gesellschaftliche Voraussetzungen gebundene Ausprägung des katholischen Christentums in Konfrontation mit der Moderne.¹ In ihm waren zwei widersprüchliche Elemente bestimmend: zum einen die Gegenbewegung gegen die Ideen von 1789 als Freiheitsbewegung für die Rechte der Kirche und zum andern die Mobilisierung der Volksmassen mit den modernen demokratischen Mitteln, die der Rechtsstaat zur Verfügung stellte, um die eigenen kirchlichen Ziele durchzusetzen. So verknüpfte sich also Modernität in den Mitteln mit Vergangenheitsorientierung in den Zielen, wobei der Spannungsbogen zwischen Ultramontanismus und moderner Volksbewegung lag. Zur letzteren zählte u.a. das katholische Vereinswesen, das im Ergebnis moderne Emanzipationsbestrebungen des einzelnen langfristig in die Kirche hineintrug. Gerade im Rheinland und teilweise in Westfalen und damit auch im Ruhrgebiet kam eine Spielart der vielfältigen katholischen Organisationen zum Zug, die modernen Entwicklungen relativ aufgeschlossen gegenüberstanden. Die innerkatholischen Orientierungsversuche zeigten sich in den verschiedenen Auseinandersetzungen zum



Integralismus, die sich um die Jahrhundertwende z.B. in Zentrums- und Gewerkschaftsstreit manifestierten.

Der Katholizismus im Ruhrgebiet hat an den Entwicklungen einen nicht unmaßgeblichen Anteil, denn viele zukunftssträchtige Entwicklungen, wie die Christlichen Gewerkschaften, nahmen hier ihren Ausgang oder hatten hier ein wichtiges Standbein. Dennoch ist es nicht möglich, mehr als einige Schlaglichter auf den Ruhrgebietskatholizismus zu werfen, denn er ist historisch kaum erforscht. Die Historiker an den Ruhrgebietsuniversitäten interessierten sich bis vor kurzem stärker für die sozialistische Arbeiterbewegung in SPD und KPD, und in der traditionellen Katholizismusforschung ist das Ruhrgebiet eher unterbelichtet gelassen, da die sozialgeschichtliche Fragestellung eher vernachlässigt wird. Sie ist aber für den Ruhrgebietskatholizismus bedeutsam, da er von der Arbeiterschaft geprägt war. Die beiden anderen katholischen Teilmilieus, das bürgerliche und das bäuerlich-handwerkliche, spielten im Ruhrgebiet nur eine untergeordnete Rolle. Das Bürgertum, besonders die Unternehmerschaft, war auch im westlichen Revier mehrheitlich protestantisch, so daß sich der soziale Konflikt zusätzlich konfessionell aufheizte. Im folgenden soll nun ein knapper Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Säulen des Katholizismus im Ruhrgebiet gegeben werden, d.h. über die katholische Arbeiterbewegung und die katholischen Arbeitervereine die Christlichen Gewerkschaften sowie die Zentrumspartei.

Die katholische Arbeiterbewegung

Die Arbeiterschaft stellte mit 56,4% den größten Teil der männlichen katholischen Reichsbevölkerung,² wobei im Ruhrgebiet ihr Anteil noch höher lag. Darin zeigt sich, daß sie das Rückrat des Ruhrgebietskatholizismus darstellte, was es rechtfertigt, den Überblick auf die katholische Arbeiterschaft zu konzentrieren.

Die katholischen Arbeitervereine hatten erste Vorläufer im Gefolge der 1848er Revolution in den Piusvereinen, in denen aber der patriarchalische Betreuungsgedanke in der sozialen Not des Pauperismus überwog. Ende der 1860er Jahre, im Zuge der Industrialisierung, entstanden die ersten Arbeitervereine unter der Leitung eines geistlichen Präses am Niederrhein, in Aachen, Krefeld, Essen und Elberfeld unter Berufung auf die Ideen des sozialen Bi-

schofs von Mainz, Immanuel von Ketteler. Ein Schwerpunkt dieser christlich-sozialen Vereine lag im Ruhrgebiet, wo sie Anfang der 1870er Jahre 40.000 Arbeiter organisierten, von insgesamt 200.000 Mitgliedern im Jahre 1872. Im Ruhrgebiet begannen sie als Knappenvereine, mit denen die Bergleute auf den Identitätsverlust durch die Knappschaftsreform von 1854 reagierten.

Die Arbeitervereine verfolgten anfangs eher religiös-sittliche Ziele, und engagierten sich außerdem für die materielle Unterstützung unverschuldet in Not geratener Mitglieder. Sie politisierten sich rasch Anfang der 1870er Jahre, wenn sie von sozial engagierten, als "rote Kapläne" diffamierten Priestern geleitet wurden. Der Essener Verein, mit gut 4.000 Mitgliedern, einer der stärksten überhaupt, ist dafür ein gutes Beispiel. Entstanden aus dem Zusammenschluß der Knappenbunde von Essen, Borbeck, Stoppenberg und Altenessen, entwickelte er sich seit 1870 zum Zentrum der christlich-sozialen Bewegung im Ruhrgebiet. Er erhob auch gesellschaftspolitische Forderungen und organisierte sogar die ersten Massenstreiks im Ruhrgebiet. Der größte war im westlichen Ruhrrevier vom 16. Juni bis zum 28. Juli 1872, bei dem bis zu 21.000 Bergarbeiter in den Ausstand traten. Er griff nicht aufs östliche Revier über, weil es den Bergwerkbesitzern gelungen war, ihn als "Jesuitenstreik" bei den überwiegend protestantischen Bergarbeitern zu diffamieren. Daß es gelang, sie durch Anstachelung konfessioneller Vorurteile davon abzuhalten, sich den sozialpolitischen Forderungen nach höheren Löhnen anzuschließen, zeigt, wie wenig noch ein gemeinsames Arbeiterbewußtsein entwickelt war und welche Kraft konfessionelle Gegensätze besaßen.

So war auch dem sich anschließenden Versuch des katholischen Bergmannes Anton Rosenkranz, eine neutrale Gewerkschaft, den "Verband rheinisch-westfälischer Bergleute", zu gründen, kein dauerhafter Erfolg beschieden. Formal scheiterte er am Verbot durch das Sozialistengesetz. Auf Betreiben bürgerlicher Katholiken wurde der Gründer des Essener christlich-sozialen Vereins, Kaplan Klausmann, 1872 nach Köln versetzt, was auch seinem Nachfolger Johannes Laaf widerfuhr. Er gründete mit den "Essener Blättern" die erste christliche Arbeiterzeitung. Der starke Essener christlich-soziale Verein hatte nicht nur mit dem Mißtrauen der bürgerlichen Katholiken und der Kirchenleitung zu kämpfen, sondern erst recht mit

Katholizismus im Ruhrgebiet

dem staatlichen. So verbot der Oberbürgermeister von Essen im August 1874 den Arbeiterverein "bis zur ergehenden richterlichen Entscheidung vorläufig". Es folgten Hausdurchsuchungen bei Kaplan Laaf, im Vereinslokal und der Redaktion der "Essener Blätter". Laaf sowie 36 Vereinsmitglieder wurden wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz angezeigt, jedoch in zwei Gerichtsurteilen in erster und zweiter Instanz freigesprochen.

In dem Vorfall dokumentiert sich zum einen das vergiftete Klima des Kulturkampfes, zum andern aber auch, daß die katholische Arbeiterbewegung als Bedrohung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung wahrgenommen wurde. Von entgegengesetzter Seite bestätigte der Essener Delegierte der Generalversammlung des sozialistischen Allgemeinen Arbeitervereins 1874 in Berlin diesen Eindruck. "Pfaffen sind die gefährlichsten Feinde unserer Sache, sie treten im entscheidenden Moment selbst mit unserem Programm auf und sagen: wir wollen dasselbe, nur muß die Religion bewahrt bleiben."⁴

Der Erfolg der Christlich-Sozialen spiegelt die konservative Mentalität der Bergleute, die meist als Kötter eine kleine Landwirtschaft nebenbei betrieben. Dies ließ die Sozialdemokratie im rheinisch-westfälischen Industrieviertel nur schwer Fuß fassen. 1878 zählte die SPD ca. 30 Gruppen mit ungefähr 2.300 Mitgliedern, die christlich-sozialen Arbeitervereine zählten fast 230 Vereine mit 46.000 Mitgliedern.⁵ In den 1870er Jahren repräsentierten folglich die katholischen Arbeitervereine die Arbeiterbewegung und setzten sich auch den Repressalien aus. So drohte 1878 Krupp den Mitgliedern des christlichen Vereins mit Entlassung.

Solche Reaktionen folgten auch auf die Forderungen nach Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung bzw. Ruhetagen entsprechend den gesundheitlichen und religiösen Bedürfnissen sowie nach Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder und verheirateter Frauen. Von der Gesetzgebung wurde die volle Koalitionsfreiheit, der 10-Stunden-Tag (unter Tage: 8), die Mitwirkung der Arbeiter an der Erstellung einer Fabrikordnung gefordert. Daneben standen Versuche, Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften zu gründen. Kulturkampf und Sozialistengesetz behinderten das weitere Wachsen der Arbeitervereine. Nachdem der Kulturkampf in den 80er Jahren abflaute, ließ der Druck von dieser Seite zwar nach, aber die Sozialistenfurcht ließ neue Arbeiter-

vereine auf katholische Mitglieder beschränkt sein, um die episkopale Förderung zu erlangen.

Von dem Verband Arbeiterwohl ging trotz seines patriarchalischen Verständnisses des Arbeiter-Unternehmer-Verhältnisses die zweite große Gründungswelle nunmehr rein katholischer Arbeitervereine aus, nachdem sein Generalsekretär, der Priester Franz Hitze, 1884 auf dem Katholikentag zur Gründung von Arbeitervereinen aufgerufen hatte. Zwischen 1884 und 1889 entstanden so 32 neue Vereine mit 50.000 neuen Mitgliedern im Ruhrgebiet, bis 1897 121. Der Schwerpunkt lag im mittleren Revier, in Essen, Bochum, Duisburg, Buer.

Neben der religiös-sittlichen Bildung boten die Arbeitervereine ihren Mitgliedern Unterstützungskassen und Beratungsdienste an, die halfen, die Leistungen der neuen Bismarckschen Sozialgesetzgebung zu beantragen. In Essen wurde das erste dieser sog. Volksbüros in Deutschland gegründet. 1897 eröffnete das Alfredushaus, erbaut auf Initiative des KAB-Präses Oberdörfer, das außerdem als Hospiz, als Kost- und Schlafhaus für ledige katholische Arbeiter diente. Damit sollte auf das für moralisch bedenklich gehaltene Schlafgängerwesen reagiert werden.

Mit dem Erstarken des Sozialismus trat seine Bekämpfung verstärkt in das Zentrum der Aufmerksamkeit des Sozialkatholizismus. Diese Aufgabe übernahm besonders der 1890 gegründete Volksverein für das katholische Deutschland, der zu einem der wirksamsten Mittel der Massenbeeinflussung wurde. Er entwickelte sich zu einer Art katholischen Volkshochschule und einer "Kaderschmiede" für Verantwortungsträger aus der Arbeiterschaft in den katholischen Arbeitervereinen, den Christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei.

Eine wichtige Rolle spielte der Volksverein auch, als es seit der Jahrhundertwende darum ging, die neu entstandenen Christlichen Gewerkschaften gegen integralistische Kritik zu schützen. Er trug so zur Emanzipation der katholischen Arbeiterschaft bei. Die Christlichen Gewerkschaften waren im Ruhrgebiet entstanden, weil sich katholische Arbeiter von der antikirchlichen Haltung und dem radikalen Internationalismus der sozialistischen Gewerkschaften abgestoßen fühlten.

Die erste christliche Gewerkschaft gründete der katholische Bergarbeiter August Brust im Oktober 1894 in Essen nach den Erfahrungen des großen Bergarbeiterstreiks von 1889. Der "Gewerkverein christli-



cher Bergarbeiter“ entwickelte sich zur stärksten christlichen Gewerkschaft, gefolgt vom Metallarbeiterverband, gegründet vom katholischen Arbeiter Franz Wieber aus Duisburg, und der Textilarbeitergewerkschaft. Insgesamt erreichten die Christlichen Gewerkschaften reichsweit ungefähr ein Drittel der Mitglieder der freien, aber im Ruhrgebiet war das Verhältnis ausgewogener. In einigen Städten wie Essen, Duisburg, Oberhausen überflügelten sie die sozialistischen Gewerkschaften sogar weit. So waren z.B. in Oberhausen noch Ende der 20er Jahre die Christlichen Gewerkschaften stärker als die freien und 1929 zählte der DGB, in dem sich 1918 die Christlichen Gewerkschaften mit anderen, nichtsozialistischen Verbänden unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Adam Stegerwald, zusammengeschlossen hatten, 6.014 Mitglieder, der ADGB dagegen nur 4.792.⁶

Die verschiedenen christlichen Branchengewerkschaften schlossen sich 1899 zum Dachverband Christlicher Gewerkschaften unter dem Vorsitz von August Brust zusammen und verpflichteten sich zur Interkonfessionalität und parteipolitischen Neutralität. Sie bejahten den Streik als letztes Mittel des Arbeitskampfes und stimmten sich auch mit den sozialistischen Gewerkschaften ab, so beim Bergbau-Streik von 1905. Am großen Streik von 1912 beteiligten sie sich allerdings nicht, was ihnen Sympathien bei der Bergarbeiterschaft kostete. Ein Grund der gewerkschaftlichen Entwicklung war, daß sie innerkirchlich unter Druck standen, denn eine starke Gruppe um die Bischöfe von Breslau und Trier mit Teilen der katholischen Knappen- und Arbeitervereine versuchte beim Vatikan das Verbot interkonfessioneller Gewerkschaften zugunsten des Konzeptes von Fachverbänden bei den pfarrlichen katholischen Arbeitervereinen durchzusetzen. Dieser sog. Gewerkschaftsstreit lähmte den Aktionsradius, trug aber gleichzeitig dazu bei, daß sich die sozialen Emanzipationsziele verselbständigten.

Die katholischen Arbeitervereine waren nicht nur Gegenspieler der christlichen Gewerkschaften, sondern selbst in dieser Frage gespalten. Die Arbeitervereine Westdeutschlands unterstützten sie gemeinsam mit dem Volksverein. Daher gerieten sie ebenso in die Schußlinie der innenpolitischen Gegner, bei denen der organisierten katholischen Arbeiterschaft ihre programmatische Mäßigung und Anerkennung der bestehenden, monarchischen Ordnung wenig

nützte. So warf die Deutsche Arbeitgeberzeitung 1907 dem ersten Redakteur der Westdeutschen Arbeiterzeitung der (KAB), Johannes Giesberts, vor, er sei “für die bestehende Staatsordnung ebenso gefährlich wie Bebel.”⁷

Nach 1918 blieb das komplizierte Verhältnis zwischen Nähe und Unterstützung einerseits und Konkurrenz andererseits zwischen Christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereinen bestehen. Die KAB bekannte sich deutlicher zum “demokratischen Volksstaat” als die Christlichen Gewerkschaften, die Rücksicht auf die nationalen Gewerkschaften im DGB nehmen mußten. Eine wichtige Ausnahme war der im Ruhrgebiet besonders starke Gewerkverein christlicher Bergarbeiter unter dem aus Oberhausen stammenden Bergarbeiter Heinrich Imbusch. Er hatte seit 1905 als Redakteur des “Bergknappen” die Verbandspresse geprägt, wurde 1919 Vorsitzender des Gewerkvereins und 1929 Vorsitzender des DGB. Als Reichstagsabgeordneter des Zentrums beteiligte er sich an den parteiinternen Konflikten und griff besonders die Beamtenbesoldungsreform von 1927 als Weg in den Klassenstaat an. Seine Position trug dazu bei, daß trotz einer nationalen und “berufsständischen” Rhetorik die Christlichen Gewerkschaften gegen antidemokratische ständestaatliche Ideen ihre Mitglieder gegenüber dem Nationalsozialismus immunisierten. Ihr berufsständisches Ideengut stillte die Gemeinschaftssehnsucht auf nicht-totalitäre Weise. Innerhalb der Mitgliedschaft wurde sie verstanden und schmiedete sie in der Auseinandersetzung mit der NSDAP fest ans Zentrum.⁸

Der politische Katholizismus im Ruhrgebiet

Die Zentrumsparterie war in keiner Region mit den Organisationen der katholischen Arbeiterbewegung so eng verwoben wie im Ruhrgebiet. Hier hatte sie eine höhere Wählerpotentialausnutzung als in Köln oder in München.⁹

1870 aufgrund von Initiativen im Rheinland und in Westfalen entstanden, behielt das Zentrum in diesen beiden preußischen Westprovinzen sehr starke Bastionen. Hilfreich erwies sich dabei der Kulturkampf Bismarcks, der das sozial heterogene Zentrum zusammenschweißte. Im Ruhrgebiet artikulierte es die Interessen des alten Mittelstandes und der neuen Arbeiterschaft gegen die liberale, oft protestantische Un-



Katholizismus im Ruhrgebiet

4

ternehmerschaft und den preußischen Staat. Da die provinzielle Struktur der "Industriedörfer", in denen sich die meisten Arbeiter nicht als Proletarier, sondern als "kleine Leute" verstanden, der katholischen Kirche die Integration erleichterte, war das Zentrum als der politische Arm des katholischen Milieus stark in der Arbeiterschaft verwurzelt. Daher wurde hier zuerst der Ruf nach politischer Repräsentanz der Arbeiter laut. 1877 kandidierte im Wahlkreis Düsseldorf 5, d.h. in Essen, der Vertreter des christlich-sozialen Vereins, Gerhard Stötzel, ein ehemaliger Dreher bei Krupp, gegen den offiziellen Zentrums-kandidaten Friedrich von Forcade. In der notwendigen Stichwahl unterstützte ihn die SPD mit der Parole "Stötzel muß durch!" So wurde Stötzel zum ersten Arbeitervertreter überhaupt im Reichstag, wo er sich der Zentrumsfraktion anschloß. Bei der folgenden Reichstagswahl 1878 stellte ihn das Zentrum als offiziellen Kandidaten auf und zeigte damit seine Integrationsfähigkeit. Stötzel schlug den nationalliberalen Kandidaten, seinen ehemaligen Arbeitgeber Krupp, mit 600 Stimmen. Er behielt den Essener Wahlkreis bis zu seinem Ausscheiden aus dem Reichstag 1905; dann folgte ihm der KAB-Vertreter Johannes Giesberts.

Bis zu den Novemberwahlen 1932 blieb das Zentrum die stärkste Partei im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik, gefolgt von der KPD. Bei der Reichstagswahl 1874 erlangte es 43,6% und 1912 immerhin noch 28,8%. Das katholische Wählerreservoir schöpfte es dabei vor 1914 um 82% aus; zum Vergleich: in München nur um 24%. Erst nach 1900 sank die Potentialausschöpfung auf 66%. Die Erosion begann im katholischen bürgerlichen Lager und setzte sich im nördlichen Ruhrgebiet fort, als es der SPD gelang, dort ländliche katholische Zuwanderer zu gewinnen, wo es die Kirche nicht mehr schaffte, die Zuwanderer zu integrieren, da ein Gegensatz zwischen altem Dorf und neuer Kolonie entstand. Katholische Orte im mittleren Ruhrgebiet wie Borbeck blieben dagegen fest in Zentrumshand. Die Bedeutung des Ruhrgebietszentrums, das im öffentlichen Bewußtsein des Reviers kaum präsent ist, schlug sich auch in der Auflagenhöhe der regionalen Presse nieder. Die Essener Volkszeitung lag bei 70.000, die Dortmunder Tremonia noch bei 40.000, die viel bekanntere Kölner Volkszeitung aber nur bei 30.000.¹⁰ Die sozialdemokratische "Arbeiter-Zeitung" im eher protestantisch geprägten Dortmund erreichte bis 1914 eine Auflagenhöhe von ca. 24.500.¹²

Obwohl das Zentrum im Ruhrgebiet zu einem guten Teil auf der katholischen Arbeiterschaft basierte, stellte sie auch hier nicht die Mehrheit seiner politischen Vertreter. Bis 1911 hatten die Arbeiter Schwierigkeiten, sich im Provinzialausschuß des Westfälischen Zentrums Gehör zu verschaffen, denn sie waren erst weit hinter den Geistlichen an erster und dem Adel an vierter Stelle vertreten. Auf Kommunalebene war dabei zentrumsintern die Repräsentanz der Arbeiterschaft noch am besten. Bei der ersten Kommunalwahl nach der Revolution im Ruhrgebiet erlangte das Zentrum 309 von insgesamt 904 Mandaten. 31% davon waren mit Arbeitervertretern besetzt, 27 christliche Gewerkschaftler und 8 Arbeitersekretäre (KAB). In Essen war die katholische Arbeiterschaft besser als im Ruhrgebietsdurchschnitt vertreten; Duisburg lag mit 40% Arbeitervertreter im Zentrum an der Spitze. Doch selbst dort sank ihr Anteil in den folgenden Weimarer Jahren auf 21%, teilweise bedingt durch den Wechsel prominenter Arbeitervertreter in den preußischen Landtag oder den Reichstag. Doch spiegelte sich darin eine allgemeine Tendenz im Zentrum auch auf Reichsebene. Nach der Revolution war das Zentrum nach links gerückt und hatte vielen Arbeitervertretern politische Ämter eingeräumt. In den 20er Jahren ging diese Tendenz wieder zurück. Sie hatte ihren Niederschlag in den Bürgerblockregierungen; internen Verteilungskämpfen – und in der Wahlschluppe von 1928 gefunden. In diesem Zusammenhang ist die Drohung der Christlichen Gewerkschaften zu sehen, bei den Kommunalwahlen vom 17.11.1929 mit eigenen Listen anzutreten. Damit erreichten sie einen Anteil von 35% von den Zentrumsabgeordneten.¹¹ In der Mitgliedschaft des Ruhrgebietszentrums war die Arbeiterschaft angemessener repräsentiert als in öffentlichen Ämtern, wo sie öfter auf Vorbehalte stieß. Ein markantes Beispiel dafür lieferte Johannes Gronowski, Arbeitersekretär aus Dortmund. Als er 1922 Oberpräsident von Westfalen wurde, lehnte ihn das Münsteraner, konservativ geprägte Zentrum lange ab. Doch gelang es der katholischen Arbeiterschaft z.B. in Oberhausen mit Christian Steger den Fraktionsvorsitz zu besetzen; in Bochum wurde 1928 ein ehemaliger Maurer Polizeipräsident ebenso wie in Krefeld der Chefredakteur der Westdeutschen Arbeiterzeitung, Wilhelm Elfes.

Der Schwerpunkt des linken Zentrumsflügels lag im Ruhrgebiet, und daher stammten prominente Zen-



trums-Repäsentanten der Sozialpolitik im Reich und in Preußen von hier wie Christine Teusch, Helene Weber und Jakob Kaiser. Mit dem Borbecker Kaplan Heinrich Brauns, langjähriger Mitarbeiter beim Volksverein in Mönchengladbach, stellte das Zentrum von 1920-1928 den Reichsarbeitsminister, den am längsten amtierenden Minister der schnell wechselnden Weimarer Kabinette. In seiner Amtszeit entstand 1927 die Arbeitslosenversicherung. Der Essener Schlosser Heinrich Hirtsiefer, seit 1904 Bezirksleiter beim Christlichen Metallarbeiterverband, hatte von 1921 bis 1933 das Amt des preußischen Wohlfahrtsministers inne und prägte aus dieser Position die preußische Sozialpolitik. Besonders engagierte er sich in der Wohnungspolitik. Schon als Essener Stadtverordneter hatte er sich dafür eingesetzt, Arbeiterfamilien preiswerten und menschenwürdigen Wohnraum zu verschaffen. Auf ihn geht die sog. Hirtsiefer-Siedlung der 20er Jahre in Essen zurück. Diese Politik, mit der Hirtsiefer auf die Integration der Arbeiter in die Gesellschaft durch Eigentumsbildung zielte, setzte er so weit wie möglich fort. So wurde er zum Vater des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Preußen. Die sozialen Anliegen waren also im Ruhrgebietszentrum besonders verankert. Entsprechend ging es in den Kommunalparlamenten häufig eine Koalition mit der SPD ein. Diese "schwarz-rote" Koalition bestand von 1919 bis 1932 auch in Preußen, geriet aber hier teilweise unter Legitimationsdruck, denn von ihr befürchteten gerade Vertreter der Hierarchie eine Gefährdung der Arbeiter in ihrem Glauben. Die Befürworter mußten erklären, warum sie an der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen "Atheisten" festhielten. Aus diesem Rechtfertigungszwang erklärt sich auch in den Wahlkämpfen die schroffe Abwehr der SPD, die meist weltanschaulich begründet wurde. Mit dem gleichen Argument ging das Zentrum auch gegen die KPD und seit 1929 die NSDAP vor. Besonders dank der katholischen Arbeiterschaft hielt der Zentrumsturm im Ruhrgebiet dem nationalsozialistischen Ansturm bis einschließlich der Märzahlen von 1933 stand. Die Bedrohung von außen stärkte wie im Kulturkampf den Zusammenhalt im katholischen Milieu. Diese Tendenz setzte sich auch nach der Auflösung des Zentrums fort; gerade in der Arbeiterschaft und bei der Jugend stieß der Nationalsozialismus in der Alltagspraxis auf Widerstand.¹⁴ Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß das katholische Milieu mit den Säulen Zentrum,

Volksverein, Christliche Gewerkschaften und Katholische Arbeitervereine einen festen und großen Bestandteil der Ruhrgebietsgesellschaft ausmachte. Stärker als in anderen Regionen war es von der Arbeiterschaft geprägt. Erst in der Nachkriegsgesellschaft verlor es in einem langsamen Erosionsprozeß besonders seit den 60er Jahren an Bindekraft.

Vera Bücker

1. Wilfried Loth, Entwicklungslinien und Forschungsprobleme des sozialen und politischen Katholizismus, in: Berichte und Beiträge 12, hg. vom Bistum Essen, Sekretariat Kirche und Gesellschaft, 1992, (S. 7-24), S. 10.
2. Siegfried Weichlein, Sozialmilieus u. politische Kultur in der Weimarer Republik, Göttingen 1996, S. 123.
3. Zitiert nach Friedrich Lantermann, Das Alfredushaus in Essen 1897-1935, Berichte und Beiträge 29, Essen 1996, S. 22.
4. Zitiert nach Heiner Budde, Die roten Kapläne, Köln 1978, S. 3.
5. A.a.O., S. 7.
6. Herbert Kühn, Die Machtergreifung im Revier in: Kirche in Oberhausen, Bd. 3: Kirche und NS-Zeit, hg. von Katholiken-Ausschuß Oberhausen (um 1983), S. 30.
7. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte Bd. 3, München 1995, S. 1058.
8. Karl Rohe, Das christliche-soziale Milieu und sein Gedankengut am Vorabend des Nationalsozialismus, in: Verfolgung des Geistes – Aufstand des Gewissens, Berichte und Beiträge 24, hg. v. Bistum Essen, 1996, S. 18; Wolfgang Jäger, Heinrich Imbusch und die christliche Gewerkschaftsbewegung, hg. v. IG Bergbau und Energie, Bochum, S. 25-32; Klaus Tenfelde, Heinrich Imbusch und die Einheitsgewerkschaft, in: a.a.O., S. 7-20.
9. Karl Rohe, Zur Geschichte des sozialen und politischen Katholizismus im Ruhrgebiet, in: Berichte und Beiträge, Essen 1990, S. 27.
10. Karl Rohe, Vom Revier zum Ruhrgebiet, Essen 1986, S. 20-24 und S. 44-59; Loth (s. Anm. 1), S. 13f.
11. Claus Haffert, Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands in der Weimarer Republik, Essen 1994, S. 192ff; Rudolf Morsey, Die Zentrumspartei in Rheinland und Westfalen in: Walter Först (Hg.), Politik und Landschaft, Köln 1969, S. 11-50.
12. Stefan Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchens 1848-1975, Düsseldorf 1990, S. 120.
13. Kühn, S. 31ff, s. Anm. 6; Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Republik 1923-1930, Düsseldorf 1992, S. 414ff.

